

NACHRICHTEN

Widerstand in Tschetschenien ungebrochen

MOSKAU/PSKOW: Trotz zahlreicher russischer Erfolgsmeldungen aus Tschetschenien ist der Widerstand der dortigen Separatisten offenbar ungebrochen. Russlands Verteidigungsminister Igor Sergejew berichtete am Dienstag von heftigen Kämpfen. In dem Dorf Komsomolskoje, 25 Kilometer südlich von Grosny, dauerten die Gefechte an, sagte Sergejew. Die Hauptverbände der Rebellen seien jedoch zerschlagen. «Grosse Rebellen-Verbände gibt es nach unserer Einschätzung in Tschetschenien nicht mehr», zitierte die russische Nachrichtenagentur Interfax Sergejew am Dienstag in der nordwestrussischen Stadt Pskow. Sergejew machte keine Angaben, wie viele Rebellen sich derzeit noch in dem Dorf verschanzt hätten. Zu Beginn der Gefechte seien es 700 bis 1000 Kämpfer gewesen, sagte er. Das Dorf am Eingang zur Argun-Schlucht wurde mit Artillerie beschossen, berichtete der russische Fernsehsender NTW. Nach diesen Angaben sollen bis zu 400 Rebellen in Komsomolskoje sein. Russische Militärs kündigten an, die Ortschaft «in den nächsten Tagen» vollständig zu erobern.

EU will Anti-Minen-Programme verstärken

BRÜSSEL: Die EU will ihre Programme zur Beseitigung von Landminen verstärken. Wie die EU-Kommission am Dienstag in Brüssel mitteilte, sollen in den kommenden sechs Jahren 180 Millionen Euro für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Ziel sei es, alle Minen in der Welt innerhalb der kommenden 15 Jahre unschädlich zu machen. Dabei will die Kommission die verschiedenen Aktionen der Mitgliedsstaaten besser koordinieren. Die Aktionen sollen von der Identifizierung der Minenfelder über die Räumung bis zur Rehabilitation von Minenopfern reichen.

Belgrad droht unabhängigen Sendern

BELGRAD: Die jugoslawische Regierung hat am Dienstag den regimiekritischen elektronischen Medien neue repressive Massnahmen angedroht. Dazu könnten auch Polizeieinsätze gehören, sagte Fernmeldeminister Ivan Markovic am Dienstag. Viele Sender arbeiteten ohne Sendeerlaubnis und schuldeten dem Staat für die Benutzung der Frequenzen umgerechnet 16 Mio. Franken. Die Regierung werde mit Hilfe der Polizei bis zum 31. März diese Schulden eintreiben. In Serbien und Montenegro senden nach Angaben von Markovic 168 Radio- und 67 Fernsehsender ohne Genehmigung. Um die angeordnete gewaltsame Schliessung des Belgrader Stadtsenders Studio B zu verhindern, hat die oppositionelle Stadtverwaltung am Dienstag die Schulden in Höhe von umgerechnet 1,5 Mio. Franken bezahlt. Studio-B-Chefredaktor Dragan Kojadinovic sagte der Nachrichtenagentur Beta, so sollten eventuelle Zusammenstösse der Polizei mit Demonstranten vermieden werden, die den Sender von der Schliessung schützen wollten. Die serbische Opposition kündigte einen «entschlossenen» Kampf zum Schutze der unabhängigen Medien an. Freie Medien seien die Voraussetzung für demokratische und faire Wahlbedingungen, sagte Ivan Kovacevic, Sprecher der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO). Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Union, Zarko Korac, sagte: «Wir werden aggressiv und direkt auf die Angriffe auf Medien antworten».

Neue Vorwahlserie im Süden der USA

WASHINGTON: Im Süden der USA hat eine neue Serie von Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und Republikaner begonnen. Bei den Abstimmungen in Texas, Florida, Tennessee, Mississippi, Oklahoma und Louisiana geht es auf Seiten der Demokraten um 566 Delegierte, bei den Republikanern um 341 Delegierte. Mit diesen Delegierten könnten sich der texanische Gouverneur George Bush und Vizepräsident Al Gore bereits endgültig die Nominierung ihrer Parteien sichern. Bereits vor diesem zweiten «Superdienstag» bestanden aber keine Zweifel mehr daran, dass der Republikaner Bush und der Demokrat Gore bei den Präsidentschaftswahlen am 7. November gegeneinander antreten werden. Bei den bisherigen Vorwahlen hatten beide Bewerber bereits so erfolgreich abgeschnitten, dass ihre innerparteilichen Rivalen den Wahlkampf einstellen. Die Nominierung erfolgt offiziell auf Parteitag im Sommer.

Barak macht Rückzieher

Israels Regierungschef verweigert Palästinensern Übergabe von Anata

JERUSALEM: Unter dem Druck rechter Parteien hat Israels Regierungschef Ehud Barak am Dienstag die Übergabe der umstrittenen Ortschaft Anata an die Palästinenser verweigert.

Sein Sprecher sagte, der Ort Anata in der Nähe von Jerusalem werde entgegen der Forderungen der Palästinenser nicht in die nächste Abzugsetappe aus dem Westjordanland aufgenommen. Der Chef der konservativen Likud-Partei, Ariel Scharon, äusserte sich zufrieden, dass Barak «unseren Empfehlungen nachgekommen ist».

Opposition lief Sturm

Noch vor der offiziellen Verabschiedung des israelisch-palästinensischen Plans zur Umsetzung des vor Monaten vereinbarten Rückzugs israelischer Truppen aus 6,1 Prozent des besetzten Westjordanlandes lief die rechtsgerichtete israelische Opposition Sturm gegen die Vereinbarung.

Die Rückzugsvereinbarung, die nach wochenlangem Tauziehen am Montagabend zu Stande kam, sah die Überstellung von drei kleineren arabischen Dörfern östlich von Jerusalem unter volle palästinensische Kontrolle vor. Ausserdem sollten Gebiete im Bereich Hebron an die Palästinenser übergeben werden. Die Übergabe der Siedlungen Ubeidia, Anata und Beitunia galt schon wegen deren geringer Grösse nach Meinung von Regierungsexperten als «unkritisch», obwohl sie relativ nahe an den Stadtgrenzen Jerusalems liegen.



Ehud Olmert führt eine Gruppe an, die den westlichen Teil der Ortschaft Anata besichtigt.

Offen blieb zunächst, was mit den beiden andern von den Palästinensern geforderten Ortschaften Ubeidia und Beitunia geschehen sollte. Israel hätte sich nach dem Abkommen von Scharm el Scheich längst aus weiteren 6,1 Prozent des Westjordanlandes zurückziehen müssen.

Barak habe sich gegen die Übergabe von Anata entschieden, weil die «Einheit» Jerusalems Priorität für die Regierung habe, sagte sein Sprecher. Vize-Verteidigungsminis-

ter Sneh sagte im Radio, Barak habe ursprünglich vorgehabt, die Forderungen der Palästinenser zu erfüllen.

Die Palästinenser hatten kurz zuvor angekündigt, Israel sei zur Übergabe aller drei Orte bereit und die entsprechenden Karten sollten in den nächsten Tagen unterzeichnet werden. Im Radio hiess es jedoch, der Druck der rechten Parteien auf Barak sei zu gross gewesen. Auch der jüdische Siedlertratte

gegen die Pläne protestiert. Israeli und Palästinenser wollen bis Ende Mai ein Rahmenabkommen über den Endstatus des Westjordanlandes und des Gazastreifens schliessen. Am Ende der Verhandlungen soll im September ein Friedensabkommen stehen. Wegen Schwierigkeiten beim Aushandeln von Details waren beide Seiten bei der Umsetzung des Abkommens von Scharm el Scheich mit dem Zeitplan in Verzug gekommen.

SVP-SP-Streit spitzt sich zu

SP droht mit Gesprächs-Boykott - Blocher verschärft Vorwürfe gegen SP

BERN: Die SP-Fraktion hat beschlossen, die Gespräche der Bundesratsparteien platzen zu lassen, wenn sich die SVP nicht von Blochers Vergleich der SP mit den Nationalsozialisten distanzieren. Die SVP versprach eine baldige Antwort; dies werde aber keine Entschuldigung sein.

«Für uns ist absolut klar: Wenn sich die SVP nicht von Blochers Blödsinn und Beleidigungen distanzieren, lassen wir die Gespräche platzen», erklärte SP-Präsidentin Ursula Koch am Dienstag nach der Sitzung der Fraktion.

Diese fasste ihren Beschluss einstimmig. Die nächsten Gespräche der Bundesratsparteien sind für 18. Mai geplant.

Gemäss Koch hat SVP-Präsident Ueli Maurer sie nun um Zeit bis Freitag für eine mögliche Antwort gebeten. Ursprung des Streits ist eine Passage in der schriftlichen Version der letzten Albisgütli-Rede Christoph Blochers. Darin schreibt der Zürcher Nationalrat, die SP stehe den Nationalsozialisten näher als die SVP.

Maurer: Keine Entschuldigung

Die Frage sei in der SVP-Fraktion kurz diskutiert worden, sagte Maurer vor den Medien. Aber «niemand stellte den Antrag, dass wir uns distanzieren oder entschuldigen müssen». Das Präsidium werde den Brief der SP «in den nächsten Tagen» beantworten.

Zum Inhalt des Schreibens sagte Maurer lediglich, dass es «keine Entschuldigung» sei. Das Risiko eines möglichen Platzens der Bundesratsparteiengespräche nehme die SVP in Kauf. Damit käme vielleicht ein «frischer Wind» in die Politik, sagte Maurer. Er gehe aber davon



SP-Präsidentin Ursula Koch und Fraktionschef Franco Cavalli verkünden in Bern den Boykott der Bundesratsparteiengespräche.

aus, dass die SP nochmals über die Bücher gehe.

Attacken verstärkt

Blocher hat derweil seine Attacken gegen die SP verstärkt: Der Vorwurf der Nähe der SP zu den Nationalsozialisten beziehe sich nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart, sagte er in der Sendung «Rendez-vous» von Schweizer Radio DRS.

«Die Vergötterung des Staates, die Betonung des Kollektiven – das gehört wesensmässig zum Sozialismus.» Dieser sei – anders als der Nationalsozialismus – nicht mit dem Krieg beerdigt worden.

Das Vorgehen der EU gegen Österreich, welches von der SP unterstützt wird, bezeichnete Blocher als «totalitäre Züge» gegen die er antreten wolle. Kein Gehör fand bei

Blocher zudem der Aufruf von Bundespräsident Adolf Ogi, sich bei der SP zu entschuldigen.

Koch: Blocher hat sich verrannt

Koch reagierte gelassen: Blochers unsinnige Anwürfe seien ein grosses Ablenkungsmanöver, weil die SVP zugleich bei der AHV eine Politik auf Kosten der kleinen Leute betreibe. Nun wolle Blocher künstlich eine Debatte in einem Gebiet herbeireden, in dem er sich offensichtlich nicht auskenne.

«Herr Blocher hat sich in seinem Unsinn verrannt und kommt nicht mehr heraus. Deshalb erzählt er immer mehr Unsinn». Der Vorwurf der Nähe zum Nationalsozialismus sei in geschichtlicher Hinsicht nicht haltbar. Die ganze Welt wisse, dass die SP die einzige wirkliche antifaschistische Kraft gewesen sei.

KFOR soll nun aufgestockt werden

BRÜSSEL: Die internationale Kosovo-Truppe KFOR soll aufgrund der anhaltenden Gewalt in der Provinz nun doch aufgestockt werden. Italien und Frankreich wollen zusammen gut tausend zusätzliche Soldaten schicken. Das sagten Diplomaten und NATO-Vertreter am Dienstag in Brüssel. Offiziell sollen darüber am Mittwoch die Botschafter der 19 NATO-Staaten entscheiden. Die beiden Staaten entsprechen mit ihrem Angebot einer Bitte des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Wesley Clark. Dieser hatte bereits vor einigen Wochen nach Ausschreitungen vor allem in der Stadt Mitrovica um rund 2000 zusätzliche Soldaten für die KFOR gebeten. Dies war von den NATO-Staaten aber zunächst nicht beschlossen worden. Den Angaben zufolge unterbreitete Italien dem NATO-Militärausschuss am Freitag das Angebot, ein 400 Mann starkes Bataillon zur Verfügung zu stellen. Der französische Verteidigungsminister Alain Richard hatte bereits am 23. Februar angekündigt, dass Frankreich zur Entsendung von rund 700 zusätzlichen Soldaten bereit sei. Der NATO-Militärausschuss habe sich bereits für die Verstärkung ausgesprochen, hiess es bei der NATO weiter. Demnach sollen die zusätzlichen Soldaten vor allem in Mitrovica eingesetzt werden. Dort liefern sich die beiden verfeindeten Volksgruppen im Kosovo – Albaner und Serben – immer wieder Strassenschlachten, bei denen mehrfach KFOR-Soldaten verletzt wurden. Die KFOR wurde seit Beginn der Mission im vergangenen Juni allmählich ausgedünnt.